

Festvortrag von  
Herrn Ministerialdirektor  
Helmfried Meinel  
anlässlich der Eröffnung  
des 30. Umwelttags unter dem Motto  
„Umweltschutz 1989 – 2019 – 2049“  
am 6. Dezember 2019

an der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geißlingen (HfWU)

- Es gilt das gesprochene Wort -

## 1. Einleitung

Sehr geehrter Herr Prof. Frey,  
sehr geehrte Frau Uhrmann,  
verehrte Professorinnen und Professoren,  
verehrte Studentinnen und Studenten,  
verehrte Alumni,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich darf heute in Vertretung von Minister Untersteller zu Ihnen sprechen.

Als er den Termin zugesagt hat, war noch nicht klar, dass er zur Weltklimakonferenz nach Madrid reisen würde reisen müssen.

Gerne hätte er an seiner *Almer Mater* gesprochen, ich bitte Sie daher um Nachsicht, dass Sie heute mit mir vorliebnehmen müssen.

Meine Damen und Herren,

das Umweltministerium wurde 1987 gegründet.

Der Studiengang Umweltschutz hier an der Hochschule zwei Jahre später.

Beides hängt mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 zusammen.

Diese Katastrophe stellte eine tiefe Zäsur dar:

Die Gefahren der Risikotechnologie Atomkraft wurden in ganz Europa schlagartig real.

In diese Zeit fiel auch die Entstehung des Ozonlochs und die erste politische Befassung mit den Themen Triebhausgase.

Das Jahr 1989 steht quasi noch im Schatten von Tschernobyl, es markiert allerdings auch den Abschluss einer Dekade, die maßgeblich von der Umweltbewegung geprägt wurde.

Die Umweltbewegung war in den 70er Jahren entstanden.

Was heute die Fridays-for-Futures sind, waren damals diejenigen, die sich für mehr Umwelt- und Naturschutz eingesetzt haben und die ökologische Frage gestellt haben:

*Wie können wir verhindern, dauerhaft auf Kosten unseres Planeten zu leben?*

Eine zivilgesellschaftliche Bewegung, die ihren Protest auf die Straße brachte.

Und obwohl sie niemals eine Mehrheit im Bundestag oder einem anderen Parlament hatte, hatte sie Politik und Gesellschaft maßgeblich beeinflusst.

Auch das gilt meines Erachtens schon jetzt für die Fridays-for-Future-Bewegung.

Denn 1989 war der Schutz unserer Umwelt anerkanntes gesellschaftliches und politisches Ziel.

Das war es 10 Jahre vorher noch nicht. Seitdem sind 30 Jahre vergangen.

## 1. Erfolge der Umweltpolitik seit 1989

Meine Damen und Herren,

Es gibt einen besonderen Tag im Jahr, den Earth Overshoot Day.

Das ist der Tag im Jahr, an dem die menschliche Nachfrage nach nachwachsenden Rohstoffen das Angebot und die Kapazität der Erde zur Reproduktion dieser Ressourcen in diesem Jahr übersteigt.

Ab diesem Tag leben wir über unsere Verhältnisse für den Rest des Jahres.

*1990 war es der 7. Dezember.*

*2010 der 21. August.*

*2019 der 29. Juli.*

Wir leben mehr denn je über unsere Verhältnisse.

*Klimawandel, Artensterben, Plastik in der Umwelt.*

Die ökologischen Probleme erscheinen drängender denn je.

Ist das die Bankrotterklärung der Umweltpolitik der vergangenen 30 Jahre?

Nein.

Denn es würde, die Fortschritte ignorieren, die wir in all den Jahren erreichen konnten.

Beispiel: der Schutz unserer Gewässer.

Wenn wir ein paar Jahrzehnte zurückgehen, so waren tote Fische am Rhein oder anderen Flüsse die Regel, nicht die Ausnahme.

Flüsse waren keine Lebensräume, sondern dienten lediglich als Kanäle für ungeklärte Abwässer von Industrie und Haushalten. Wir erinnern uns an die Schaumberge auf dem Neckar an den Schleusen.

Das ist heute grundlegend anders.

In Baden-Württemberg haben verschiedene Maßnahmen die Wasserqualität in den vergangenen Jahrzehnten spürbar verbessert.

Kläranlagen, Regenwasser-behandlungen und gesetzliche Verschärfungen im Wasser- und Chemikalienrecht haben das ermöglicht.

Aber ebenso, dass viele Flüssen und Gewässer endlich wieder mehr Lebensraum erhalten, dass sie aus Betonbetten befreit, ihre Ufer re-naturiert, Seitenarme revitalisiert wurden.

Die Natur hat wieder mehr Raum, sich am und im Wasser zu entfalten.

Beispiel Naturschutz:

In Baden-Württemberg gibt es mittlerweile zwei Biosphärengebiete – im Südschwarzwald und auf der Schwäbischen Alb - und einen Nationalpark im Nordschwarzwald.

Im Nationalpark gibt es gänzlich unberührte Zonen, in denen sich die Natur ungestört entwickeln kann.

Die Biosphärengebiete dienen vor allem der Pflege unserer artenreichen und einzigartigen Kulturlandschaft.

Landschaftserhaltungsverbände im ganzen Land sorgen gemeinsam mit der Landwirtschaft dafür, dass wir artenreichen Landschaften pflegen und erhalten.

Auch unseren Mooren geht es besser - und Moore sind aktiver Klimaschützer. Auch das sind deutliche Fortschritte.

Beispiel Atomkraft:

Im Jahr 1989 waren in Westdeutschland 20 Kernkraftwerke im Betrieb.

2019 sind in Baden-Württemberg aktuell drei Kernkraftwerksblöcke im Rückbau und aktuell nur noch zwei im Betrieb – demnächst nur noch einer.

Bis Ende 2022 werden wir in Deutschland ganz aus der Kernenergie ausgestiegen sein und damit diese Hochrisikotechnologie hinter uns lassen – auch wenn wir uns ihr strahlendes Erbe noch lange beschäftigen wird.

Beispiel Energiewende:

Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung lag 2018 bei fast 40 Prozent.

1989 lag er bei weit unter 5 Prozent – und die scheinbare Gewissheit, dass es nicht viel mehr werden können.

1989 gab es vor allem Energieriesen wie die RWE, die PreussenElektra oder bei uns im Land die Energie-Versorgung Schwaben AG.

Als staatlich zugelassene Monopolisten produzierten ohne Konkurrenz Strom in großen Kohle- und Atomkraftwerken. Diesen Strom transportierten sie danach in eigenen Netzen zu den Verbrauchern.

Strom aus erneuerbaren Energien wurde damals meist von wenigen, kleinen Unternehmen erzeugt.

Inzwischen haben wir unzählige Solaranlagen auf Dächern, Wind- und Biogasanlagen im ländlichen Bereich und kleine Wasserkraftturbinen an den Flüssen.

Die Stromerzeuger sind auch nicht länger nur die großen Stromriesen, sondern passen sich dem Wandel an. Eine große Vielfalt an sogenannten „Prosumern“ ist entstanden: Verbraucher, die zugleich Stromproduzenten sind und ihren nicht selbst genutzten Strom in das Netz einspeisen und damit z.B. über die EEG-Umlage Geld verdienen können.

Als Kunde können Sie Stromanbieter und -tarif zudem selbst frei wählen.

Heute geht es nicht mehr um den Atomausstieg, sondern um den Kohleausstieg, der bis spätestens 2038 Realität werden wird als eine Folge aus dem Klimaabkommen aus Paris. Neben dem Atomausstieg bis 2022 wird dies die Energiewirtschaft weiter dramatisch umkrempeln.

Wir verabschieden uns hier endgültig von der alten Energiewelt, wie sie noch 1989 unumstößlich erschienen.

Beispiel Klimaschutz

Sie werden sich jetzt womöglich denken:

*Der kann jetzt unmöglich eine Erfolgsstory des Klimaschutzes in Deutschland erzählen!*

Tatsächlich ist auch hier einiges passiert.

Der Anteil des klimafreundlichen Ökostroms ist wie erwähnt auf fast 40 Prozent gestiegen.

Die Privathaushalte verbrennen 38 Prozent weniger Öl, Gas und Kohle. Die Industrie produziert knapp ein Drittel weniger Treibhausgas, die Landwirtschaft gut ein Sechstel weniger – insgesamt sind die Emissionen um 31 Prozent gesunken.

Nur in einem Bereich ist der Fortschritt praktisch gleich null: im Verkehr.

63 Millionen Tonnen Treibhausgas hat der Inlandsverkehr 2018 verursacht. Das sind winzige 0,77 Prozent weniger als vor einer ganzen Generation.

Klimaschutz hat im Verkehr seit 1989 praktisch keine Rolle gespielt.



## 2. Wie lösen wir die ökologische Frage?

Meine Damen und Herren,

das sind nur einige Beispiele dafür, dass die Umweltpolitik seit 1989 durchaus einiges bewegt hat, dass es Erfolge und Fortschritt gab.

Gleichwohl haben wir es mit massiven ökologischen Problemen zu tun, die ich vorhin skizziert habe.

Das ist nur *scheinbar ein Widerspruch*.

Denn wir haben in den vergangenen 30 Jahren schlichtweg den Grundkonflikt noch nicht lösen können, der bereits in den 70er und 80er Jahren zu den bekannten Umweltproblemen geführt hat:

Die Art und Weise, wie wir wirtschaften und leben ist nicht nachhaltig.

Der Begriff nachhalten kommt ursprünglich aus der Forstwirtschaft und bedeutet, dass etwas nach-gehalten wird.

Wir bringen unseren Planeten allerdings an seine Grenzen, so dass er immer weniger seine Ressourcen nach-halten kann.

Unser Wohlstand hat einen hohen Preis.

Und gleichzeitig eröffnet uns dieser Wohlstand wiederum Möglichkeiten.

Unsere wirtschaftliche Stärke sorgt für soziale Sicherheit, sorgt auch ein Stück weit für sozialen Frieden und vor allem eröffnet es dem Staat finanzielle Spielräume:

Finanzielle Spielräume, die dann wiederum genutzt werden können für ein Sonderprogramm zum Erhalt der biologischen Vielfalt, für einen Aufwuchs beim Naturschutz, für Förderprogramme beim Klimaschutz oder bei der Ressourceneffizienz.

Wenn man so will:

Das wirtschaftliche Wachstum und der damit verbundene Konsum ermöglicht es uns wiederum, Folgen genau dieses Wachstums und genau dieses Konsums zu reparieren oder einzudämmen.

Das ist das Dilemma, vor dem wir stehen.

Und Aufgabe von Umweltpolitik – Politik insgesamt – muss es sein, in den nächsten Jahren und Jahrzehnten dieses Dilemma aufzulösen.

2049 darf es nicht mehr bestehen.

Schon früher müssen wir es schaffen, unsere Umwelt zu schützen zu, unser Wasser, unsere Böden, dass wir unsere Kulturlandschaften und den Artenreichtum zu erhalten – und gleichzeitig Wirtschaftswachstum und Wohlstand möglich zu machen, die weniger Umweltverbrauch bewirken, als wir durch den Umweltschutz zu reparieren vermögen.

Das ist letztlich eine Überlebensfrage:

Überfordern wir unseren Planeten, entziehen wir uns selbst unserer Lebensgrundlagen.

Zugespitzt formuliert:

Es ist zutiefst egoistisch, darauf zu achten, dass Wirtschaftswachstum und Konsum nicht auf Kosten von Natur, Umwelt und Klima gehen.

Die gute Botschaft:

Es gibt einen Weg, dieses Dilemma aufzulösen.

Die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft, unserer Energie und unseres Verkehrs.

*Weg von den fossilen Energieträgern hin zu den erneuerbaren Energien. Weg vom Kohlenstoff als Treibmittel unserer Wirtschaft. Weg vom Öl als Grundlage unserer Mobilität.*

Daran wird kein Weg vorbeiführen.

Baden-Württemberg ist heute schon führend in der Umwelttechnik:

Ressourceneffizienz, Ressourcenschonung, klimafreundliche Produktion. Das werden die Industriestandards von Morgen sein.

Und wer, wenn nicht wir als Land der Tüftler und Denker, sollte dafür die Technik liefern?

Das heißt auch:

In dieser großen Transformation, im Auflösen des Grundsatzkonflikts zwischen Wachstum und Ressourcenverbrauch liegt wiederum auch eine ökonomische Chance.

Weltweit wird der Bedarf an Umwelttechnik steigen, und wenn wir es sind, die ihn befriedigen kann, haben wir den ökonomischen Vorteil.

Voraussetzung ist aber auch, dass den ordnungsrechtlichen Rahmen so zu gestalten, dass mit allen technischen Transformationen der Umweltverbrauch auch sinkt.

Ein Prinzip: Preise müssen den Umweltverbrauch abbilden, Trittbrettfahrerei auf Kosten künftiger Generationen müssen wir beenden.

Meine Damen und Herren,

darin sehen Sie auch: Umweltpolitik ist keine Grüne Nische mehr.

*Umweltpolitik ist Wirtschaftspolitik.*

*Umweltpolitik ist Verkehrspolitik.*

*Umweltpolitik ist Zukunftspolitik.*

Denn in der Umweltpolitik wird sich entscheiden, ob wir 2049 in eine gute Zukunft unseres Planeten blicken können.

Herzlichen Dank.